

**Für eine demokratische und offensive politische
Auseinandersetzung mit der AfD!**
(Beschluss des Landesvorstandes am 21. März 2016)

1. Die Ergebnisse der Landtagswahl offenbaren einen deutlichen Rechtsruck im politischen Meinungsspektrum, hin zu demokratiefeindlichen, unsozialen und autoritären Denkmustern. Das erschreckende Ausmaß der Zustimmung für die AfD, insbesondere in Sachsen-Anhalt, macht deutlich, dass solche politischen Konzepte und Forderungen durch viele Wählerinnen und Wähler mindestens in Kauf genommen wurden, um ihrem Unmut über die Erfahrung von Ungerechtigkeit und Ohnmacht hinsichtlich demokratischer Teilhabe Ausdruck zu verleihen. Rechtspopulistische Vorstellungen und Konzepte sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Wir werden uns dieser großen und zugleich schwierigen Herausforderung stellen.
2. Der Landesverband DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich offensiv und engagiert in die Auseinandersetzung mit rassistischen, demokratiefeindlichen und autoritären Denkmustern und politischen Vorschlägen, insbesondere die der AfD, einbringen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe aller Genossinnen und Genossen. In den Basisorganisationen, in den Gremien, Arbeitsgemeinschaften und landesweiten Zusammenschlüssen werden wir Vorschläge und Strategien erarbeiten, um rechtskonservativer Politik eine aufgeklärte, demokratische und weltoffene Argumentation entgegenzusetzen. Wir wollen für unsere Sicht der Dinge werben, Ängste und Unsicherheiten nehmen und Chancen solidarischer Politik aufzeigen.
3. Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, vor Ort in unterschiedlichen Veranstaltungs- und Gesprächsformaten insbesondere mit Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch zu suchen, die von sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind, gleich ob es sich dabei um Einheimische oder Zugewanderte handelt. Vor allem mit demokratiegefährdenden und menschenfeindlichen Erklärungsmustern werden wir uns immer wieder sachlich auseinandersetzen und eine demokratische politische Kultur entgegensetzen. Wir wollen weiter nach Möglichkeiten suchen, unsere Politik und unsere Argumentationen dabei transparent und nachvollziehbar zu gestalten.
4. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hält den Weg, demokratische Rechte von Abgeordneten und Fraktionsrechte zu beschneiden, um den Handlungsspielraum der AfD zu begrenzen, für untauglich. Mit der Einschränkung parlamentarischer Rechte oder mit der Abkehr von demokratischen Regeln würde man das Geschäft der AfD selbst betreiben. Es wäre Wasser auf die politischen Mühlen einer solchen Partei, deren Anliegen es ja gerade ist, die Demokratie zu missbrauchen, um einen autoritären Politikstil zu legitimieren und zu betreiben. Wir werden die Verbindungen und Verquickungen ihrer AkteurInnen in die rechtsextreme Szene thematisieren und skandalisieren.
5. Kandidaturen werden wir nicht verhindern können, jedoch werden wir AfD-Bewerber nicht unterstützen. Bewerber mit eindeutig rechtsextremem Hintergrund werden wir ablehnen. Alle Formen der Kooperation mit AfD Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, gemeinsame

Aufrufe, Anträge auf Debatten oder andere parlamentarische Initiativen oder die Vorbereitung dessen, lehnen wir ab. Auf Initiativen ihrerseits, Anträge oder Bundesratsinitiativen, die vermeintlich linken Ursprungs sind, werden wir mit eigenen Alternativen reagieren. DIE LINKE wird in allen politischen Debatten auf den Aspekt internationaler Solidarität, sozialer und demokratischer Gleichheit verweisen und gegen nationalistische und rassistische Beschreibungen gesellschaftlicher Konflikte argumentieren. Auf diese grundlegende Differenz zur AfD werden wir immer wieder aufmerksam machen.

6. Wir bekräftigen unseren Beschluss vom März 2015: Eine Kooperation mit der AfD auf kommunaler Ebene, welcher Art auch immer, kommt für uns ebenso nicht in Frage wie die Unterstützung ihrer politischen Anliegen. Unser Ziel bleibt, die rassistische, autoritäre und rückwärtsgewandte Grundlegung der Politik dieser Partei auch in kommunalpolitischen Debatten offenzulegen und sich damit auseinanderzusetzen.